

FOCUS

MEET MR. JASON DERULO

40 Seiten Mode & Stil

Er hat 250 Millionen Singles verkauft und mehr Sex-Appeal als Instagram – Hot! Hot! Hot!



Atommacht Iran 2027

Kann Donald Trump die neuen Mullahs vom Bau der Bombe abhalten?

Das neue Heizungsgesetz

Gas, Öl, Wärmepumpe: Was Ministerin Reiche wirklich im Keller plant

HABEN SIE MITGEFÜHL MIT FRIEDRICH MERZ?

**Exklusiv: Angela Merkel
über Verantwortung,
Vermächtnis und
die Stärke Deutschlands**





Die SPD will Social Media für unter 14-Jährige verbieten

SOCIAL MEDIA FÜR KINDER

CSU-Politiker warnt vor Verbot

ZITAT DER WOCHE

»Das alles ist keine Bösartigkeit von mir – das ist Demografie und Mathematik«

Bundeskanzler Friedrich Merz verteidigt die Reformbemühungen seiner Regierung bei der gesetzlichen Rente auf dem Bundeskongress des DGB

In der Debatte über die Regulierung von Social Media für Kinder und Jugendliche warnt der CSU-Digitalpolitiker Hansjörg Durz vor einem pauschalen Verbot. „Schnellschüsse wären jetzt kontraproduktiv“, sagt der Vorsitzende des Digitalausschusses dem FOCUS.

Er betont, dass neben den sehr unterschiedlichen Risiken sozialer Netzwerke auch die Chancen

in der Debatte nicht ausgeblendet werden dürften. „Den Umgang mit sozialen Medien in einer digitalen Welt lernt man nur durch befähigende Teilhabe. Diese Teilhabe ist Kern von Medienfreiheit, die nicht nur für Erwachsene gilt.“ Schon die Frage, was genau unter Social Media falle, sei politisch ungeklärt: Instagram, TikTok, YouTube, WhatsApp-Gruppen, Onlinespiele oder

speziell für Kinder entwickelte Plattformen müssten seiner Einschätzung nach unterschiedlich bewertet werden. Der politische Fokus müsse deshalb zuerst auf einer konsequenteren Durchsetzung bestehender Regeln liegen. Der europäische Digital Services Act etwa verpflichtet Plattformen bereits heute zu „geeigneten und verhältnismäßigen Maßnahmen“, um ein „hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz Minderjähriger“ zu gewährleisten. Durz empfiehlt der Bundesregierung deshalb, vor einem möglichen Verbot das Ergebnis der unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ im Familienministerium abzuwarten.

Der Koalitionspartner SPD hatte bereits im Februar in einem Impulspapier ein Social-Media-Verbot für unter 14-jährige, verpflichtende Jugendversionen bis 16 ohne algorithmisch gesteuerte Feeds sowie eine technische Altersverifikation gefordert. „Ich glaube nach wie vor, dass es die beste Herangehensweise ist, zumindest rechtlich ein Verbotsschild zu setzen“, sagt SPD-Digitalpolitiker Johannes Schätzl dem FOCUS. Für Durz könne ein differenziertes Verbot „Teil einer Lösung“ sein. „Wer aber die Komplexität digitaler Räume ignoriert, fällt in dieselbe Diskussionslogik zurück, die wir an den sozialen Medien kritisieren.“ WER



Der Aufsteiger

Den Job als Staatsminister im Auswärtigen Amt lehnte er noch ab. Nun zieht es den stellvertretenden CDU-Chef **Andreas Jung** von Berlin nach Stuttgart. Als Kultusminister soll der 50-Jährige die grün-schwarze Regierung stützen.



Die Rückzieherin

Kann Berlin noch bauen, ohne dass die Kosten explodieren? Bundestagspräsidentin **Julia Klöckner** hat da wohl Zweifel: Sie will den Erweiterungsbau „Luisenblock-Ost II“ absagen und so Baukosten von 600 Millionen sparen.



Die Newcomerin

Ein veritabler Coup des HSV: Die Hamburger haben **Kathleen Krüger** vom Deutschen Meister FC Bayern München abgeworben. Zum 1. Juli wird sie Sportvorständin – und damit erste Frau in dieser Rolle in der Fußball-Bundesliga.

FOTOS: ELISA SCHU/DPA, DPA

NACHGEFRAGT


»Täter setzen KI ein, um Leute zu täuschen«

Tanja Nauschütz, Anwältin und Spezialistin für Cyberkriminalität

Frau Nauschütz, laut neuen Zahlen ist mehr als jeder zehnte Internetnutzer im Jahr 2025 Opfer von Cyberkriminalität geworden. Was sind derzeit die größten Risikobereiche?

Dazu zählen vor allem Betrug beim Online-Shopping, Phishing, gehackte Nutzerkonten sowie Manipulationen im Online-Banking. Zunehmend setzen Täter auch KI ein, um Nutzer zu täuschen. Gefährlich sind Angriffe, die mit Zeitdruck, Vertrauen oder täuschend echten Nachrichten arbeiten – sie sind oft nur schwer als Betrug zu erkennen.

Welche Grundsätze sollte jeder Nutzer beachten, um sich bestmöglich zu schützen?

Wichtig sind starke, unterschiedliche Passwörter und die Zwei-Faktor-Authentifizierung. Zudem sollte man keine unbekannten Links anklicken, keine verdächtigen Anhänge öffnen und persönliche Daten niemals unüberlegt weitergeben. Beim Online-Shopping empfiehlt es sich, nur bei seriösen und überprüfbaren Anbietern einzukaufen. Grundsätzlich gilt: erst prüfen, dann handeln.

Was sollte man tun, wenn man Opfer von Online-Betrug geworden ist?

Man sollte sofort Passwörter ändern, Zugänge sperren sowie die Bank oder den Plattformanbieter informieren. Zudem ist es wichtig, Beweise wie Screenshots oder E-Mails zu sichern. Dann sollte man möglichst schnell Strafanzeige erstatten und anwaltlichen Rat einholen. Gerade in den ersten Stunden lassen sich Schäden häufig noch begrenzen.

LUK



DANIELA KLETTE

Mit fröhlichem Starrsinn

Wer Schuld hat? Die anderen natürlich. Der Staat und seine Schergen. Die wollten ihren „Widerstand delegitimieren“. Die haben sie in den Untergrund getrieben. So jedenfalls führte es Daniela Klette in ihrem Plädoyer am Dienstag aus. Die 67-Jährige muss sich vor dem Landgericht Verden wegen etlicher Überfälle verantworten, die sie mit ihren Kumpanen Burkhard Garweg und Ernst-Volker Staub begangen haben soll. Die drei gehörten einst zur terroristischen Roten Armee Fraktion. Nach dem Urteil in Verden wartet auf Klette der nächste Prozess. Die Bundesanwaltschaft hat Klage gegen sie erhoben. Sie soll an drei RAF-Attentaten beteiligt gewesen sein. Wenn das Oberlandesgericht Frankfurt die Anklage zulässt, wird sich Klette noch einmal ihrer möglichen Schuld stellen müssen. Auch der des versuchten Mordes. MA

Gut gelaunt präsentierte sich Daniela Klette ihren radikalen Fans im Gerichtssaal